



Statement zum 2. Hessischen Landessozialbericht

Von Claudia Weigelt, Fachbereichsleitung Soziale Sicherung, Armut und Migration

Der 2. Hessische Landessozialbericht zeigt die in Hessen bestehenden Problemlagen auf. Fest steht: Armut ist auch in Hessen eine Tatsache.

Armut und ihre Folgen prägen viele Lebensbereiche der betroffenen Menschen. In Hessen sind etwa 519.000 Menschen (18,4 Prozent) im Niedriglohnsektor beschäftigt. Fest steht auch: Es gibt zahlreiche Systeme und Einrichtungen, die Armut bekämpfen oder mildern und die soziale Absicherung gewähren. Trotzdem - so zeigt es der Bericht auf - gelingt es bisher auch in Hessen nicht im wünschenswerten Maße, Armut erfolgreich zu bekämpfen und ihr präventiv zu begegnen.

I. Kernaussagen:

- Anstieg der Armutsrisikoquote von 12,7 auf 14,4 % innerhalb von zehn Jahren.
- Jedes 5. Kind in Hessen ist von Armut betroffen.
- Anstieg atypischer Beschäftigungsformen in Hessen.
- Flexibilisierung von Beschäftigungsformen.
- Immer mehr sogenannte „working poor“ kämpfen darum, Nahrung, Miete und Energiekosten bezahlen zu können.
- Die Mittelschicht ist nicht stabil; die mittlere Einkommensklasse ist innerhalb von zehn Jahren um 2% kleiner geworden.
- Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt.
- Altersarmut ist gestiegen.
- Selektives Bildungssystem hängt Kinder in Hessen früh ab.
- Hohe Vermögens- und Einkommensungleichheit in Hessen bedingt die Zunahme gesellschaftlicher Ungleichheit.
- Anstieg der Zahl Wohnungsloser.
- Wohnraum ist zentraler Punkt in der Armutsdiskussion in Hessen geworden.
- Alleinerziehende und ihre Kinder sind in besonders hohem Maße armutsgefährdet.

II. Handlungsbedarf aus Sicht der Caritas

- Soziale Sicherungssysteme müssen armutsfest werden.
- Gesundheitsfürsorge für Wohnungslose und Geflüchtete muss gewährleistet werden.
- Zugang zu Bildung für Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern ermöglichen.
- Bezahlbaren Wohnraum schaffen.
- Teilhabe am Arbeitsmarkt sichern, insbesondere für Langzeitarbeitslose.
- Anpassung des Rentenniveaus.
- Regelsätze im SGB II müssen angemessen erhöht werden.
- Abschaffung des Bildungs- und Teilhabepakets (BUT).
- Strukturelle Benachteiligung von Alleinerziehenden muss abgebaut werden.